

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Anzeigen:
 Annahmestellen:
 Berlin, Breslau,
 Dresden, Frankfurt a. M.,
 Hamburg, Leipzig, München,
 Stettin, Stuttgart, Wien.
 bei G. F. Danne & Co., —
 Haasenstein & Vogler, —
 Rudolph Hesse.
 In Berlin, Dresden, Oester-
 reich beim „Juwalidenbank.“

Mr. 815

Berlin, 19. November. Der König hat dem Kreisgerichtsdirektor Geh. Justizrath v. Schmid zu Oppeln den R. Alerorden 3. Kl. mit der Schleife verliehen, den hies. Kreishauptmann Dr. Schult zu Lebe zum Polizeidirektor in Danzig ernannt, dem prakt. Arzt u. Dr. Henneberg zu Breslau und dem prakt. Arzt u. Dr. Henneberg zu Mülhhausen in Th. den Charakter als Sanitätsrath, sowie dem Fabrikhaber Rudolph Schmöle zu Minden den Charakter als Kommerzienrath verliehen, den seith. Kämmerer Magdorst zu Büttchau, der von der Stadtverordnetenversammlung zu Cottbus getroffenen Wahl gemäß, als besoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Cottbus; und den seith. Stadtrath und Syndikus Hagmann zu Thorn, der von der Stadtverordnetenversammlung zu Halberstadt getroffenen Wahl gemäß, als zweiten Bürgermeister (besoldeten Beigeordneten) der Stadt Halberstadt für die gesetzl. 12jährige Amtsdauer bestatigt.

Bei der Friedrichs Realschule in Berlin ist die Beförderung der ord. Lehrer Dr. Ludwig Hermann Lust und Dr. Richard Sadebeck zum ord. Lehrer Dr. Hermann Lust, dem ord. Lehrer Dr. Otto Kohl am Gymnasium in Kreuznach das Prädicat „Oberlehrer“ beigelegt, der prakt. Arzt u. Dr. Norden zu Emden zum Kreiswundarzt des Kreises Emden ernannt worden.

11. Sitzung.

Berlin. 19. November. Am Tische des Bundesrathes Präsident Delbrück, die Staatsminister Camphausen, v. Kameke, v. Stosch und v. Positz, Wallwitz, Reichsanlagenrath, Direktor Herzog, Direktor Maybach, Geh. Räte Dr. Mißgaelis, v. Pommer-Esche, Generalmajor v. Voigts-Rehe, Major Eder v. d. Planitz u. A. Die Sitzung um 11^{1/2}

Der Präsident v. F o r d e n b e r g eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus genehmigt in definitiver Schlussabstimmung den Entwurf, betreffend die Beseitigung von Anstechungen, infolge der Viehbeförderungen auf Eisenbahnen und geht dann zur Fortsetzung der in der letzten Sitzung unterbrochenen Generaldebatte über den Landeshaushaltsetat von 1893/94 über.

Abg. Guerber: Mit großer väterlicher Autorität und mit be-
herrschendem Nachdruck, der sich von der Person unleres Schatz-
kammeramtes getrennt hat, ohne daß ich zu Gunsten der Reichs-
kommissionäre auch nur einen Vorwandsatzparagraphen habe finden
können, der ihnen das Recht dazu gäbe, ist uns hier unser Etat zur
Beratung übergeben, als ob dieser Reichstag des deutschen Reichs
einen Landtag für unsere Provinz bilden könnte. Denn, wenn auch
Herr Herzog uns immer wieder vorhält, daß er ihn bilden müsse, so
antwortete ich ihm getrost: Unser Landtag wird dann nur ein wahrer
seyn, wenn er dort in Straßburg ist. — Im Allgemeinen zum Etat
selbst mich nehmend, bemerke ich ein bedenkliches Steigen in Ausgaben
und Schulden, was kein Zeichen des wirtschaftlichen Fortschritts in
unseren Verhältnissen ist. Es leitet sich zunächst her aus der Summe
von 20 Millionen, die an Entschädigung für die Inhaber der früher
verfallenen Notarstellen aufgewendet ist, und aus dem Betrage von
16 Millionen, die an Schatzanweisungen ausgegeben sind. Diesen
Schulden zur Deckung sind Einnahmen sehr insoeller Natur gegen-
übergestellt. Dann aber wägen unsere Schuldenlast namentlich durch
diese große Verwaltungsmaschinerie, die zwar sehr kostspielig
ist, aber doch nur langsam geht, und durch die glänzenden,
luxuriösen Bauten, die man hätte sparen können; wir sind auch
vor der Okkupation ohne Beamten mit so hohen Gehältern fertig und
ohne solche prachtvollen Verwaltungsgebäude verwaltert worden. So
stehen wir auf dem Punkte, daß wir, während man früher sagte, das
Reichsland ist ein sehr wohlbestelltes Land, das in einem Jahre
33 Millionen Ueberschüsse gegeben hat, mit Noth und aller Mühselt
Ausgaben und Einnahmen balanciren und unser Land mit Schatz-
anweisungen beglücken müssen. — Zu's Detail eingehend wende ich
mich zunächst zu den Steuern. Wenn es um diese sich handelt,
macht sich stets ein Gefühl des Widerwillens im deutschen Volke ge-
lend, und wenn dieses auch bei uns hervortritt, so werden Sie es
verzeihen, denn darin dürften Sie ja finden, daß wir noch ein bißchen
deutsch sind. Schon vor 2 Jahren nun ward die Behauptung aufge-
stellt, daß wir nicht mehr Steuern zu zahlen hätten, als früher. Darauf
erschien damals ein straßburger Bürger u. wies die Erhöhung derselben
in Prozenten nach. Vorgestern hörten wir die Erklärung, daß
eine Steuermäßigung von 11 Mark pro Kopf gegen früher ein-
getreten sei, da unter der französischen Verwaltung 31 Mark, jetzt nur
20 Mark pro Kopf gezahlt werden müßten. Dies Verhältniß ist an
sich thatsächlich richtig, aber befindet trotzdem nicht den Fortschritt,
den man in der jetzigen Verwaltung in Anspruch nimmt. Denn
früher mußten wir 500 Mill. Frs. Schulden tragen, zu deren Ver-
zinsung ein Steueratz von 11—12 Frs. pro Kopf allein nöthig war,
so daß der richtige, nach den Verhältnissen bemessene Unterschied,
zwischen früher und jetzt höchstens 6 Frs., also 4 Mark beträgt. —
Wir wollen gern der Regierung glauben, daß ihre Anforderungen
nicht übertrieben sind und finden einen Grund, daß unsere Steuerbe-
lastung jetzt drückender ist, darin, daß eine große Anzahl begüterter
reicher Familien aus-, und eine ungeheure Anzahl armer Leute einge-
wandert sind. Aber ich muß mich auch hier wieder zu den Uebelständen
wenden, durch welche für unnütze Institutionen große Summen be-
schafft werden sollen. So soll eine Kontrolle für die Steuererhebung
ins Leben gerufen werden, deren Nothwendigkeit ich anerkenne; aber
dagegen muß ich protestiren, daß man dann 20 Kontrolleure ernennen
will mit einem jährlichen Gehalte von 100,000 M.; warum könnte
man die geeigneten Kräfte nicht in dem bereits vorhandenen Beamten-
thume finden. — Dann aber finde ich namentlich unter den indirekten
Steuern mehrere, die wir von uns weisen müssen. Billig z. B. müßte
ich es finden, wenn nicht wir, sondern das Reich die Kosten der Er-
hebung der Zölle an unserer lang gestreckten Reichsgrenze tragen
würde. — Ferner aber lasten schwer die Ausgaben für die Verwal-
tung auf uns. Die breiteste Unterlage aller hier zu rügenden Fehler
bietet der eine Umstand, daß man auf die Bezirksordnung noch
die Kreisordnung geprüßt hat. Dann aber kommen noch die
vielen unnützhigen Ausgaben im Einzelnen hinzu, die der Mi-
nefautismus eben nöthig macht; und zwar ist der jetzige
noch schlechter und noch größer als der frühere französische.
Die Unterbeamten sind meistens Stümper, obwohl man sie
als die besten aus den verschiedenen Ressorts des Reichs ausgewählt
und uns zugesandt hat. Und all den Beamten zählt man Ortszulagen,

neil angeblich das Leben theurer und weil jene es mit so unartigen Leuten zu thun hätten, daß ihnen durch Geld eben das Leben verliert werden müßte. Beide Gründe befreite ich. Die wahre Wuth aber, kolossale Bauten aufzuführen, für Dienstwohnungen oder Prachtpaläste für Sträflinge, so daß die gemeinen Verbrecher glänzender logirt sind, als die ehrlichen Leute, wird uns noch zu dem führen, was man in Paris *maladie de pierre* nennt. Eine uns anstößige Ausgabe ist ferner die an sich ja unbedeutende Summe von 25,000 Mark für Kriegergräbstätten, denn mir hätte es für richtiger erschienen, daß man nicht uns diese Summe überwiesen, sondern daß das mächtige und reiche deutsche Reich es für seine Pflicht gehalten hätte, für die Erhaltung der Gräber der Krieger, die für die Erweiterung seiner Grenzen gefallen, selbst zu sorgen. — Namentlich muß ich mich aber dann gegen die Summe von 100,000 Mark wenden, die unter der Rubrik „Ober-Präsidium“ für „politische Zwecke“ ausgeworfen sind. Die Gesundheits- und Polizeiverwaltung ist aber so ausreichend und fett dotirt und ihre Ausgaben so ins Eingehende nachgewiesen, daß ich diese 100,000 Mark, als ihren eigentlichen Zwecken dienend, nicht mehr unterbringen kann. Vielmehr meine ich, wird diese Summe nur für die officiöse Presse verwendet. Wir haben nämlich eine Menge Blätter, die durch sich nicht leben können und unter Hindeutung auf einen wahren Spruch „Weßten Brod ist esse, deß'n Lied ich singe“ und seine Umkehrung glaube ich, aber diese „pensionirte Presse“, die nur der Verwaltung und den Beamten dient, genug gelagt zu haben. Schlimm nur, daß ein Abg. Richter und anderer Andere dem Ministerium zulassen kann, welches den Schlüssel zu diesen Fonds besitzt, und schlimmer noch für uns, daß wir kein Drahn haben, in dem wir unser Klagelied singen können. — Endlich komme ich zum Kultus. Warum hat man nicht die früheren 3 Generalsvikare in Stragburg gelassen? Jetzt muß ein Adjunktträger den Dienst allein verrichten. Stragburg hat eine deutsche Reichsuniversität und keine reichsländliche. Dies aebt aus dem Verhältniß von 72 protestantischen zu 8 katholischen Professoren hervor, und doch nimmt uns das Reich nur 400,000 M. von den Kosten ab! Und wie verändert sind jetzt unsere Verhältnisse auf dem Gebiete der Schule. Kostspielige Anstalten freilich errichtet man genug; da sind 7 Lehrerseminare, 3 Präparanden-Anstalten, die man früher nicht brauchte, 16 Pächterschulen, die 145,000 Mark kosten und unnöthig sind. Die ärmeren Schulen aber, haben trotz aller theuern Anstalten keine Lehrer und bekommen trotz allen Schulzwanges keinen Schüler und hier sicht es äufferst betrübend aus. Vergebens sind die Petitionen um Wiederherstellung der alten Schulordnung mit ihrem konfessionellen Charakter. — So kann ich Sie nach allen Richtungen nur um Eins bitten, machen Sie bessere Politik, damit wir bessere Finanzen bekommen.

Abg. Dunder: Trotzdem, daß ich viele Klagen und Vorwürfe des Herrn Vorredners nicht billigen kann, so freue ich mich doch, daß er sich mit dem vorliegenden Material so eingehend beschäftigt hat, und ich kann mich nicht der Hoffnung verschließen, daß er sich auch der Kommission zur Berathung dieser Vorlage anschließen werde, und sobald er diesen Weg einschlagen wird, wird er auch, glaube ich, alle Theile des Hauses zur sorgfältigen und ruhigen Prüfung dieses Etats vereinen und in einer vollen Berücksichtigung aller gerechten Beschwerden und Forderungen genügt finden. Wir stehen ja diesem Gesetze ganz eigenbüßlich gegenüber, und wenn der Vorredner die Behauptung auspricht, daß eine sachgemäße Entscheidung dieser Angelegenheit nur stattfinden könne, wenn wir nicht die Rolle der Elsaß-Lothringerischen Landesvertretung übernehmen, so habe ich ihm stets prinzipiell zugestimmt und stimme ihm auch noch heute bei; das aber habe ich schon hier betont, daß es die Herren von Elsaß-Lothringen selbst in der Hand haben, den Zeitpunkt näher zu rücken, wo der Reichstanzler und der Reichstag mit Freunden die ihnen übertragene Last auf andere Schultern legen können. Wir sind diesmal in einer stillschweigeren Lage als im Vorjahre, insofern, als der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen die Arbeiten unserer Kommission fortsetzt und den Etat mit großer Sorgfalt durchberathen hat, und man könnte vielleicht sagen, da der Landesausschuß fast in allen Punkten der Vorlage zugestimmt hat, so können wir etwas flüchtiger über die Prüfung derselben hinweggehen, aber einerseits hat der Landesausschuß keine geistliche Kraft, und dies mindert den Werth der Arbeiten bedeutend insofern, als er nicht in der Weise unabhängig vorgehen konnte wie der Reichstag, andererseits handelt es sich für uns nicht allein um die speziellen Landesinteressen von Elsaß-Lothringen, sondern auch vor allem um die des ganzen Reiches, und wir werden daher sorgsam zu prüfen haben, ob nicht aus jener Abhängigkeit etwa Mängel hervorgegangen seien, und ferner, ob sich durch den Etat vertretenen Spezialinteressen mit den Interessen des Reiches liberal vereinigen lassen. Aus allen diesen Gründen möchte ich den Antrag stellen, daß wir, wie im Vorjahre, die Vorlage an die Budgetkommission verweisen, und zwar würde ich die Anzahl ihrer Mitglieder auf 21 vorzuschlagen, damit den Elsaß-Lothringern Gelegenheits geboten wird, sich an derselben zu betheiligen und ihre Beschwerden in begründeter Weise vorzubringen. Ich kann natürlich hier nicht auf die Details des Entwurfs eingehen, doch möchte ich nur einige Punkte hervorheben, welche vom Abg. Guerber in seiner Rede berührt worden sind, und welche auch ohne näheres Eingehen auf die Einzelheiten hinreichend verständlich sind. Wenn der Herr Abg. im Eingange seiner Rede die Finanzlage von Elsaß-Lothringen im Großen und Ganzen als ungünstig hinstellen versucht, so glaube ich mit dem Herrn Regierungskommissar ausprechen zu dürfen, daß diese Ansicht durchaus unrichtig ist. Wenn der Vorredner ein so großes Gewicht auf die augenblicklich bestehende Schuldenlast legt, so ist doch dabei zu berücksichtigen, daß dieselbe entstanden ist in erster Linie aus den Kriegskosten, — und in dieser Beziehung sind viele deutsche Städte nicht günstiger gestellt, indem sie noch jetzt Schulden abzahlen haben, die ihnen durch Napoleon aufgebürdet worden sind —, andererseits aber durch die Ausführung großartiger Bauten, besonders Wasseranlagen, die zum Segen des Landes statt haben und stattfinden müssen, ob nun das Land unter französischer oder deutscher Regierung steht. Daß der Steuerdruck augenblicklich tiefer empfunden wird, wie unter der französischen Regierung, obgleich nach dem eigenen Zugeständnis des Vorredners die Gesamtsteuer geringer geworden ist, das liegt zum Theil an der stattgefundenen Auswanderung und der damit einsetzenden Erhöhung der Einzelantheile, theils aber auch an der überwiegenden Mehrzahl der ärmeren Bevölkerung. Sodann hat sich der Vorredner an dieser Stelle bitter über die Verschwendung der Verwaltung beklagt. Wir haben nun im vorigen Jahre schon versucht, dieser Klage durch verminderte Bewilligung von Geldern Abhilfe zu schaffen, und wir werden es auch in diesem Jahre thun; aber in manchen Punkten ist dies nicht so rasch ausführbar, wie z. B. bei den Zöllen, in Bezug auf welche Elsaß-Lothringen übrigens nicht schlechter gestellt ist, wie jedes andere deutsche Land mit ausgedehnten Grenzen. — In Bezug auf das Enregistrement- Wesen wäre allerdings eine Verbesserung nothwendig, und die Reichsregierung bemüht sich ja auch hier, auf anderem Wege vorzugehen, was aber den Vorblick des Abg. Guerber in Bezug auf die Kontrollen anbetrifft, so würde

man im ganzen übrigen Deutschland gegen eine solche Maßregel als einen Eingriff in die Selbstverwaltung protestiren, und doch beklagt sich der Abgeordnete auf der andern Seite über das jetzt in den modernen Staaten herrschende System der Topfgaudierei. In besonders erregter Weise hat sich der Vortræger über die jetzigen Kultus- und Unterrichts-Angelegenheiten seines Landes ausgesprochen. Man kann doch aber der Regierung wirklich nicht den Vorwurf der Bevorzugung einer Konfession machen, wenn sie sich befreit, die Diener der Kirche möglichst frei zu machen und in diesem Bestreben durchaus nicht die Konfessionsaltitât berücksichtigend. In Bezug auf die Schule hat sich der Herr Abgeordnete besonders darüber beklagt, daß man jetzt eine Menge von Präparandenanstalten errichte, während man die Volksschulen vernachlässige. Er hat aber selbst den augenfälligen Mangel an Lehrern angegeben und sollte sich doch freuen, daß die Regierung befreit ist, diesem Mangel möglichst abzuheben und den Unterricht unabhängig vom Kultus hinzustellen; aber das kann er freilich nicht von seinem Standpunkt aus. Es ist nun einmal unser alter deutscher Grundatz, den wir mehr und mehr zu verwirklichen streben, daß die Schule, wie es im alten preussischen Landrecht heißt, eine Veranstaltung des Staates sei, und wir können deshalb keine Lehrer brauchen, welche sich der Autorität des Staates nicht unterwerfen und ich denke, der Reichstag wird vollständig die Politik der Reichsregierung in Bezug auf diesen Punkt billigen. Wenn vom Abg. Guerber gleichsam ein Schmerzensschrei darüber ausgestoßen wird, daß angeblich in den Volksschulen die Knaben und Mädchen beringelt unterrichtet werden, indem er zugleich damit den Vorwurf einer zu beschränkenden Unsitteilichkeit ausspricht, so muß ich ihn darauf hinweisen, daß die Frage einer derartigen Vereinigung eine rein pädagogische und durchaus noch nicht entschieden ist. Ich glaube also, wenn auch in allen anderen Punkten in der Kommission eine Einigung erzielt werden sollte, in Bezug auf diesen wird es kaum möglich sein; ich hoffe aber, daß in Elsaß-Lothringen selbst eine nicht unerhebliche Minorität unsere Auffassung theilen wird, denn Elsaß-Lothringen ist niemals ultramontan gewesen und wird es auch nicht in dieser Frage sein, wo es sich um die höchsten Interessen des Landes handelt, und ich bin überzeugt, daß, wenn Elsaß-Lothringen heute noch zu Frankreich gehörte, es entschieden gegen die jetzt in Frankreich eingeführte sogenannte Schulfreiheit protestiren würde. Wir in Deutschland kennen keine katholischen Schulen und Universitäten; wir fassen dieselben als Pflanzstätten der freien Wissenschaft, und diese hat die Wahrheit zu erforchen ohne Berücksichtigung der Konfession, und wenn sich auf der städtischen Universität unter 80 Professoren nur 8 katholische befinden, so ist dies nur Zufall. Wir stellen unsere Professoren einzig und allein nach ihrer Befähigung an und sind stolz darauf; und in dieser Beziehung glaube ich, daß, wenn die Generation in Elsaß-Lothringen herangewachsen sein wird, welche ihre Erziehung durch das deutsche Unterrichtssystem erhalten hat, diese es uns danken wird, daß wir die Bevölkerung jenes Landes herangezogen haben im Sinne der Humanität und der freien Wissenschaft. (Beifall.)

Bundeskommissar Ministerial-Director Herzog: Ich beabsichtige nicht, auf die Klagen über die Rechtlosigkeit des Reichslandes hier weiter einzugehen. Ueber die Vermendung früherer Einnahmen zur Tilgung von Schulden wird der Regierung ein Vorwurf wohl nicht gemacht werden können; über die Spezialitäten hätten sich die Herren aus dem Reichsland unterrichten können, wenn sie im vorigen Jahr an den Beratungen der Kommission Theilgenommen hätten. Im Uebrigen bemerke ich, daß ich weder geneigt, noch berechtigt war, zu sagen, daß sich aus dem Landesauslaß eine ständige Landesvertretung entwickeln wird; ich habe nur gesagt, daß wenn der Landesauslaß das Vertrauen, das er in diesem Jahre erworben, auch in Zukunft rechtfertigt, er mit der Zeit eine Institution werden kann, die dem Reichstage die Berathung wesentlich erleichtern könne.

Abg. Reichensperger (Krefeld): Die vom Abg. Guerber bei-
gebrachten Beschwerden reichen vollständig aus, um einer vorbera-
thenden Kommission reichliches Material zu liefern. Was die profes-
sionellen Bemerkungen des Herrn Vorredners über die Schule betrifft,
so sind wir bisher nicht gewöhnt gewesen, von den Herren vom Fort-
schritt die Zeiten der Entstehung des Preussischen Landrechts als Zeiten
der Freiheit rühmen zu hören! (Widerspruch. Hört!) Nach diesen
Aeusserungen aber ist die starke Sinnstümmigkeit dieser Herren zur Reaktion
nicht mehr zu verkennen. (Hinterkeit.) Die Bemerkungen über die
Straßburger Universität sind hinsichtlich; heutzutage wird unter der
Eigenschaft „Wissenschaft“ oft pure Gottlosigkeit gelebt! (Hinterkeit.)
Denken Sie an Schopenhauer, an Hartmann's Philosophie des
Unbewußten! Herr Dunder sagt es lei Zufall, daß an der
Straßburger Universität nur acht katholische Lehrer sind. Dieser
Zufall kehrt aber so oft wieder, daß er nunmehr noch und
nach dem Charakter eines herrschenden Gesetzes annimmt! Daß
wir deutsche katholische Universitäten nicht kennen, ist freilich
richtig, wohl aber kennen wir protestantische! Jedenfalls herr-
schen über diese Straßburger Universität noch so viele Unklarheiten und
Bedenklichkeiten, daß wir der Regierung unsere Sympathie nicht ohne
Weiteres entgegen bringen können. Man macht für den Druck, der
auf den Elässern lastet, immer nur die aus der französischen Zeit her-
stehenden Einrichtungen verantwortlich; Petitionen von dortigen Bür-
gern aber dokumentiren, daß jetzt gleichzeitig die Steuern gestiegen sind
und ihre Eintreibung viel rigoröser geworden ist. Es muß dort vor
Allem das Verhältnis der staatlichen und Gemeindefteuern ins Auge
gefaßt werden. Jedenfalls ergibt sich aus den Vorlagen, daß Aus-
gaben und Steuern in jenen Landen wachsen, wie leider auch im übrigen
Deutschland. Andererseits erteilt die Regierung den Rath, zu
sparen, mag sie selbst diesen Rath zuerst befolgen. Spare Einer, wenn
ihm immer neue Steuern auferlegt werden! Der Abg. Guerber hat
genug Positionen angeführt, in denen gespart werden kann! Wenn
Herr Dunder meint, daß der Staatsgedanke selbst in der Elementar-
schule zum Durchbruch gebracht werden muß, so erwidere ich, daß wir
hier nicht dazu da sind, unsere persönlichen Meinungen und Ma-
ximen zur Wirklichkeit durchzusetzen, sondern die der Be-
völkerung, die uns gewählt hat; die Bevölkerung der
Reichsländer aber hat in diesem Punkte der Schulverfassung eine von
des Vorredners Meinung gerade entgegenge setzte Anschauung, und die
soll man respektiren! Aber hiervon ganz abgesehen würden die Elässer,
glaube ich, gern noch mehr zahlen; ließe man sie nur moralisch und
religiös das ihnen angenehme Leben ruhig führen! (Sehr richtig im
Zentrum.) Dazu kommen dann noch die Preßverhältnisse, über die
sich sogar die dortigen reichsfreundlichen Beamten beschwerten. Man
sieht dort vormiegend französische Journale republikanischen, antireli-
giöser Tendenz! Existirt in Straßburg wirklich ein „schwarzes Kabinett“,
das der dortigen Bevölkerung diese Milch der frommen Denksart
entzückt? Wie kann man denn diese sogenannte „Elite der ehemals
französischen Bevölkerung“ unter solche Oberwachterschaft stellen?
Wollen wir diese Bevölkerung zu uns herüberziehen, so müssen wir
ganz andere Maßregeln ergreifen! Wir müssen den moralischen und

religiösen Wünschen dieser Bevölkerung hier in höherem Maße Rechnung tragen! (Bravo im Centrum.)

Nach Schluss der Diskussion wird die Vorlage dem Antrage Dunder entsprechend, zur Vorberatung einer Kommission von 21 Mitglieder überwiesen.

(Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

DRO. Berlin, 19. November. Fürst Bismarck wird im Auswärtigen Amt zu morgen (Sonntag) Mittag aus Barmen zurück erwartet. In seiner Begleitung wird sich die Fürstin Bismarck befinden, da die Komtesse Marie mit dem jüngeren Bruder bereits vorgestern hier eingetroffen ist, um ihrem schwer erkrankten Verlobten ihre Fürsorge zu widmen.

Der vom Finanzminister kürzlich aufgestellte Grundsatz, daß bei der Neuveranlagung der römisch-katholischen Geistlichen zur Klassensteuer die auf Grund des Gesetzes vom 22. April d. J. eingeführten Staatsleistungen außer Ansatz bleiben sollen, soll, wie der Finanzminister „nach vorherigem Einvernehmen“ mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten durch Erlaß vom 5. d. M. beschlossen hat, „bei der Ausführung des Einschätzungsgeschäfts allerdings nur insoweit zur Anwendung gelangen können, als den Veranlagungsbehörden die Ueberzeugung gelangt, daß eine Wiederaufnahme der Leistungen dem betreffenden Empfangsberechtigten gegenüber noch nicht erfolgt ist. In Ermangelung amtlicher Auskunft hierüber würde es zunächst Sache der in Rede stehenden Geistlichen selbst sein, den Veranlagungsorganen jene Ueberzeugung selbst zu verschaffen, insoweit aber auch von dieser Seite eine bezügliche Mitteilung nicht erfolgt und nicht durch Notorietät des obwaltenden Verhältnisses ersetzt wird, bleibt es den Veranlagungsbehörden überlassen, bei der Einschätzung von der bereits erfolgten Wiedergewinnung der fraglichen Bezüge auszugehen, da den betreffenden Geistlichen die Herbeiführung einer Berichtigung im Reklamations-Verfahren unbenommen ist.“ Die Regierungen sollen danach „auch dafür Sorge tragen“, daß die im Sinne dieser Verfügung den Veranlagungsbehörden zu ertheilende Weisung zur Kenntnis der römisch-katholischen Geistlichen gelange. Diese Verfügung weicht von dem sonst bei Steuerveranlagungen zu beobachtenden Verfahren etwas ab, und kann wegen ihres verspäteten Erscheinens wohl nur noch bei der Einschätzung zur klassifizierten Einkommensteuer zur Anwendung kommen.

2. Nach der Einführung des preussischen Zivilehesgesetzes vom 9. März 1874, welches den bis dahin bestehenden Taufzwang ausdrücklich aufhob, ließ es, wie es allerdings die logische Konsequenz mit sich brachte — auch der Einsegnungszwang durch Ministerial-Erkenntnis aufgehoben sei. Ein solches Erkenntnis ist jedoch nicht veröffentlicht worden, und obschon Niemand mehr gezwungen werden darf, ein Kind einsegnen (konfirmieren) zu lassen, so wird dieser kirchliche Akt doch noch bei dem Eintritt in die verschiedenen Lebensstellungen verlangt, ohne daß diese Forderung bis jetzt eine Einschränkung erfahren hätte. Auch enthalten verschiedene Ordnungen noch den obligatorischen Einsegnungsakt, der nach Aufhebung des Taufzwangs auch von kirchlicher Seite nicht mehr zu halten ist. Wenn (was doch überhaupt nicht zu vermeiden sein wird) im Reichstage endlich die Interpellation über die Aufhebung des Personenstandsgesetzes und die demselben bereiteten Hemmungen zur Debatte stehen wird, möchte es sich auch um Erledigung des hier erwähnten Punktes um so mehr handeln müssen, als das Unterlassen der Konfirmation dem Betheiligten großen Schaden bringen kann. So wird beispielsweise — um nur ein Beispiel unter sehr vielen herauszugreifen — für den Eintritt in die Seekadetten-Kaufbahn ein Konfirmations-Bzeugnis verlangt, und doch kann das Reich als solches nicht einen Akt fordern, welcher in seinem Gesetze nicht begründet ist, so wenig wie der Taufzwang zur Grundlage einer gesetzlichen Bestimmung gemacht werden kann. Der bekannte Paragraph des Reichsgesetzes über den Personenstand, daß dasselbe den „kirchlichen Verpflichtungen“ keinen Abbruch thun soll, kann doch keine dispositive Anordnung sondern höchstens eine Mahnung enthalten, die den eigentlichen Kern des Gesetzes unmöglich berührt.

— In der „Germania“ steht Folgendes zu lesen:

In der unter reger Theilnahme der Mitglieder am vergangenen Dienstag abgehaltenen Sitzung des Vereins der Berliner Zentrums-Partei kam der Entwurf einer Petition an den Reichstag, betreffend die Stellung des Freimaurerordens unter das Vereinsgesetz, zur Verlesung. Die Petition knüpft an das in „liberalen“ Blättern kolportierte Gerücht an, die Regierung beabsichtige einen Geheimgewalt einzuführen; der die Prozeduren und Wallfahrten verbiete, weist aus den Schriften der Freimaurer und aus anderen Thatfachen den politischen Charakter des genannten Ordens nach und verlangt, daß an Stelle der Emanation neuer Ausnahmegesetze gegen die 180jährige Kirche zunächst doch wenigstens die Anwendung der bestehenden Gesetze auch auf die Gegner dieser Kirche gesichert werde. — Das mit einem reichen und interessanten Belagsmaterial ausgestattete Schriftstück wird jetzt von einer Kommission des Vereins einer nochmaligen sorgfältigen Revision unterworfen.

Die „Germ.“ ist bekanntlich schon einmal gegen die Freimaurer Sturm gelaufen und hat die Schließung der Logen verlangt; denselben Erfolg wie dieser Angriff wird auch die hier beabsichtigte Petition haben.

Wie verschiedene Blätter mit Bestimmtheit erfahren, beschäftigen sich gegenwärtig mehrere Personen, welche zur Zeit eine Gefängnisstrafe in dem neuen Strafgefängnis am Pläntchen abbüßen, sehr lebhaft mit der Idee, durch ihre Anwälte dem Reichstage gelegentlich der Vorlage der Strafrechtsnovelle eine Petition, betreffend die Regelung der Strafvollstreckung, zugehen zu lassen. Man berichtet darüber:

§ 16 des deutschen Strafgesetzes bestimmt in seinem zweiten Absatz: Die zur Gefängnisstrafe Verurtheilten können in einer Gefängnisanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen. Die Direktion der neuen Strafanstalt, die in ihren Verhältnissen insofern von den übrigen Anstalten abweicht, als sie nicht vom Minister des Innern, sondern vom Justizminister reorganisiert, scheint dieses „Können“ aber durch ein „Müssen“ selbständig zu interpretieren, denn wie man mittheilt, werden dort sämtliche Gefangene ohne Ausnahme zur Arbeit gezwungen, und wer sich weigert, wird zu strenger Züchtung bei Wasser und Brod verurtheilt, welche Haft in einer zur ebenen Erde gelegenen Zelle zu verleben ist, deren gesamter Mobiliar in dem Klotz besteht. Selbst das Lager fehlt. Die Arbeiten, zu denen die Gefangenen angehalten werden, sind verschieden klassifiziert; die erste Klasse besteht z. B. in literarischer oder sonstiger schriftlicher Beschäftigung für dritte Personen als Arbeitgeber. Letztere haben für jeden Gefangenen, den sie auf diese Weise beschäftigen wollen, bei der Anstaltsdirektion pro Arbeitstag die Summe von einer Mark pränumerando einzuzahlen, wovon der Gefangene einen Arbeitsverdiensttheil von 33 1/2 Pf. pro Arbeitstag erhält, während die Direktion die anderen zwei Dritttheile für sich in Anspruch nimmt, — wofür und

mit welchen Rechten, ist gänzlich unbekannt und völlig unerklärlich, da der Anstaltsdirektion durch diese literarische Beschäftigung nicht die mindesten Unkosten erwachsen, der Gefangene vielmehr von seinem Arbeitsverdiensttheil neben der erlaubten Zubehöre für verschiedene genau zugemessenen kleinen Luxus, als Butter, Wurst, leichtes Bier etc., auch noch Papier, Schreibmaterial, Lampe und Petroleum bestreiten muß. Die „Barone“ unter den Gefangenen, d. h. die in erster Klasse beschäftigten erhalten für die 66 2/3 Pf., welche die Anstaltsdirektion täglich einstreicht, weder bessere Kost noch wird ihnen diese Summe auf die Strafvollstreckungskosten angerechnet, welche regelmäßig nach Verurteilung der Haft exakt bezahlt werden. Die Betenden sind der Ansicht, daß der Gesetzgeber bei Abfassung des § 16 des Strafgesetzes durchaus nicht beabsichtigt habe, alle Strafgewissenen ohne Ausnahme während ihrer Haftzeit zwangsweise zur Arbeit heranzuziehen. Mögen auch ministerielle Bestimmungen über die Art der Beschäftigung der zu Gefängnisstrafe Verurtheilten, sowie über die Beträge, welche der Fiskus für diese Arbeit beansprucht und einzieht, bestehen, so ist es unter den obwaltenden Umständen doch gewiß erwünscht, diese tief einschneidende Angelegenheit im Wege der Reichsgesetzgebung geordnet zu sehen.

Der Bau der neuen Panzerfregatten „Kaiser“, „Deutschland“, „Preußen“, „Friedrich der Große“ und „Großer Kurfürst“ hat nach dem Marine-Etat bis Ende 1874 gekostet: 20,835,730 Mark, derjenige von drei Panzerkorvetten 4,793,802 Mark von fünf Korvetten 6,987,995 Mark und von drei kleineren Schiffen 1,058,874 Mark, in Summa für diese 16 Schiffe 33,676,401 Mark. Außerdem sind auf den Bau von fünf Panzerfregatten, zwei Panzerfregatten, fünf gedeckten und sechs Glatte Korvetten, fünf Aviso's, ein Linienschiff, 18 Kanonenboote, vier Segelschiffe, zwei Transportschiffe, ein Tender und ein Schleppdampfer zusammen verwendet worden 52,863,291 Mk., wozu noch 13,188,134 Mark an Reparaturkosten kommen, welche diese 48 Schiffe, welche alle zum Seeservice brauchbar sind, bis ult. 1874 verursacht haben. Die Marine hat außerdem elf Schiffe, worunter die „Gefion“ und die „Theis“, sowie 5 Kanonenboote, welche für den Seeservice untauglich sind. Diese 11 Schiffe haben an Bau- und Reparaturkosten 1,706,621 Mark absorbiert. Die Gesamtkosten für den Schiffbau inkl. Reparaturen belaufen sich demgemäß bis ult. 1874 auf ca. 101,500,000 Mark. Zum Bau von Kriegsschiffen werden für das Jahr 1876 ausgesetzt 16,459,500 Mark und zwar soll daraus bestritten werden: der Bau von 2 Panzerkorvetten, 2 Panzerkanonenbooten, 1 Aviso, 2 Torpedoboote, sowie die Vervollendung beim Weiterbau von 2 Panzerkorvetten, 3 Panzerkanonenbooten, 2 Korvetten, 2 Aviso's, 1 Torpedoboot. — Das Militärpersonal zählt 4 Kontreadmirale, 1 Admiral, 3 Kapitäne zur See, 9 Korvettenkapitäne, 8 Kapitän-Leutnants, 2 Seeoffizierskorps: 13 Kapitäne zur See, 24 Korvettenkapitäne, 48 Kapitän-Leutnants, 120 Leutnants i. S., 114 Unterleutnants, Marinestab: 2 Kapitäne i. S., 7 Korvettenkapitäne, 10 Kapitän-Leutnants, 2 Offizierskorps des Seebataillons: 1 Stabschef, 6 Kapitäne, 25 Leutnants, 2 See-Artillerie: 14 Offiziere; außerdem 17 Maschinen-Ingenieure, 41 Bahnenmeister, 224 Deckoffiziere; bei der Matrosendivision 93 Bahnenmeister, 14 Feldwebel, 100 Seeladetten, 593 Unteroffiziere, 4628 Matrosen; bei den Werksdivisionen 243 Maschinenisten, 50 Feuermeister, 635 Feizer, 4 Feldwebel, 145 Meistermaale, 452 Handwerker, 24 Materialverwalter, 68 Kasernegehilfen. Schiffsjungen Abtheilung: 1 Feldwebel, 9 Unteroffiziere, 1 Obermatrose, 400 Schiffsjungen; Seebataillon: 6 Feldwebel, 6 Bismarck, 1 Stabschef, 30 Exzellenz, 94 Sergeanten oder Unteroffiziere, 918 Gefreite oder Seefoldaten, 30 Handwerker, 1 Bismarck, 10 Bahnenmeister, 3 Seebataillon; 3 Feldwebel, 3 Bismarck, 40 Unteroffiziere, 18 Obergefreite, 9 Spielleute, 369 Gefreite und Kanoniere, 12 Handwerker; ferner 75 Stabs- und Unteroffiziere und Sergeanten. — Zu geheimen Ausgaben zur ausschließlichen Verfügung des Chefs der Admiralität sind 15,000 Mark, d. h. 9000 Mark mehr als pro 1875 ausgeworfen. Diese Erhöhung wird durch den Wegfall des Marinebevollmächtigten in Washington, sowie dadurch begründet, daß es bisher wegen Geldmangels nicht möglich war, die Nachrichten aus dem Auslande, welche im Interesse der maritimen Verteidigung nöthig sind, in dem erforderlichen Umfange zu erlangen.

Der Nachfolger des bereits pensionirten Oberleutnant a. D. v. Tempel als Kommandeur der Berliner Schutzmannschaft ist noch nicht definitiv ernannt, es steht aber die Beförderung dieses Amtes, das keineswegs, wie vielfach behauptet worden ist, an kompetenter Stelle für überflüssig gehalten wird und deshalb einstweilen in Wegfall kommen sollte, nahe bevor. Dasselbe wird, wie die „G.-Z.“ erzählt, dem noch jungen Hauptmann der Artillerie, Gefreite, der, wie man behauptet, vom Prinzen Karl ganz besonders empfohlen wird, übertragen werden. Vor etwa vier Wochen ist dieser Herr bereits in Berlin anwesend gewesen, um sich vorzustellen und wegen Uebernahme dieses Amtes, welche selbstverständlich seine Verabschiedung aus dem stehenden Heere dem der Herr Kandidat jetzt noch angeht, nach sich zieht, zu verhandeln. Zu dem in Rede stehenden vakanten Posten ist ein polizeiliches Examen für den Kandidaten nicht erforderlich. Denn der Kommandeur der Schutzmannschaft hat nur mit der tatsächlichen Auffstellung der Schutzleute in den Straßen und bei Paraden und sonstigen Aufträgen zu thun, die militärische Organisation und die militärische Disziplin der Schutzmannschaft streng aufrecht zu erhalten und in Konformität der Offiziere die erlassenen Verfügungen zu publizieren. Mit dem Polizeiwesen selbst hat dies Amt nichts zu thun. Es kann daher auch nicht auffallen, in den zeitigen Schutzmannschaftsleuten nicht als eine Zurücksetzung vorkommen, daß nicht aus ihrer Zahl dieses Amt besetzt, sondern dasselbe einem jungen Hauptmann aus der Armee verliehen wird.

Die Eisenbahn-Direktionen können sich oft gar nicht die Mühen erklären, welche sie vom Reich-Eisenbahnname aus wegen gewisser Vorurtheile erhalten, von denen ihnen Nichts bekannt ist. Das hat, wie die „Volks-Ztg.“ bemerkt, seinen Grund darin, daß das Reich-Eisenbahnname wie andre Oberbehörden auf vierzig der neuesten Zeitungen Deutschlands und Ost-Asiens abonniert ist. Diese Zeitungen werden täglich von bestimmten Beamten gelesen, die Alles, was sich auf das Eisenbahnwesen bezieht, aufschreiben und am nächsten Morgen dem Dirigenten des Reich-Eisenbahnnames vorlegen müssen. Das Weitere erfahren dann die Direktionen.

Der Zentralkommission der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ beschloß in seiner letzten Sitzung auf Empfehlung der zur Reorganisation des Berliner Arbeitervereins niedergesetzten Kommission 1) in der Stadt Berlin die Errichtung einer Probekolonie für unterthätige, deren Zweck es ist, den aus der Volksschule entlassenen Mädchen der arbeitenden Klassen Unterricht in den für ihren Lebenslauf nöthigen Kenntnissen und Fertigkeiten zu ertheilen, das in der Volksschule Erlernte zu befestigen und zu erweitern und auf ihre allgemeine sittliche Bredelung hinzuwirken; 2) für die Errichtung und Leitung dieser Schule ein aus fünf Mitgliedern des Ausschusses bestehendes Kuratorium mit dem Rechte der Erweiterung durch Rekapitation auch aus anderen Kreisen einzusetzen. Der dritte Vorschlag: aus Gesellschaftsmitteln für das erste Jahr eine Summe bis zu 1800 Mark für die Schule zu bewilligen, soll in der nächsten ordentlichen Sitzung zur Veranlassung gelangen.

Von der Reorganisation des Berliner Arbeitervereins nahmen die Kommission Abstand, weil sie dies unter den obwaltenden Umständen für unmöglich erachtete, lenkte vielmehr ihre Aufmerksamkeit auf die vernachlässigte Sorge für die aus der Schule entlassenen Mädchen der arbeitenden Klassen und empfahl als Ergebnis ihrer Arbeit die oben bemerkten Anträge.

Köln, 17. November. Man schreibt der „Volks-Ztg.“: Eine heute den Elementarlehrern unseres Regierungsbezirks amtlich zugegangene in jeder Beziehung dankenswerthe Neuanordnung weist die Lehrer an, daß sie da, wo möglich, ein- oder zweimal die Schule der Messe beibringen, dafür Sorge tragen, daß der Unterricht in der festgesetzten Frist beginne. Können sich die Lehrer mit den Geistlichen darüber nicht einigen, so wird der Kirchenbesuch, zu welchem übrigens nur die Oberstufe und deren Lehrer verpflichtet ist, eingeführt. Ist der Wohnort der Schüler 1/4 Stunde von der Kirche entfernt, so fällt die Verpflichtung zum Kirchenbesuch fort. In

Betreff des sonn- und feiertägigen Kirchenbesuchs ist den Lehrern an gegeben, sich jeder „direkten und indirekten Einwirkung auf die Schüler zu enthalten, hier müsse es der Familie überlassen bleiben, für das religiöse Bedürfnis ihrer Kinder Ob Sorge zu treffen. Für die Folge ist es nicht mehr Sache des Lehrers, die Klasse zu veranlassen und zur Kirche und zum Empfang anderer Sakramente zu führen, dieses sei Aufgabe der Eltern und Geistlichen. Außer der Schulzeit, namentlich an Sonn- und Feiertagen, ist es dem Lehrer und Schüler nicht verboten, an öffentlichen Aufzügen, als Prozessionen, sich einzeln zu betheiligen, dagegen wird die Theilnahme der Schule als Korporation ausdrücklich untersagt. Ist der Aufzug ein demonstrativer, dann zieht die Theilnahme Verantwortlichkeit nach sich.

München, 17. Novbr. Das Gesuch des Dr. Sigl um allernachstgütigste Erlassung seiner noch übrigen Strafreife ist, wie der „Mz. R.“ vernimmt, abschlägig beschieden worden. — Zum Ausgang der „Affaire Sohn“ schreibt man der „Nat.-Z.“:

Unter dem 15. d. M. hat der Bischof von Würzburg den am 22. Juli wegen seiner liberalen Wahlabsicht gemäßigten Domkapitular Hohn wieder in alle seine Ehren und Würden eingefügt; heute früh 5 Uhr hat ein Schlagfluß dem Leben des Bischofs ein Ende gemacht. Es fällt schwer, nicht an eine Art von Zusammenhang zu denken, der bei der notorisch seit langem überreizt gewesenen Stimmung des Bischofs sehr leicht herstellbar erscheint. Bischof Hohn hat auf die bekannte Aufforderung des Kultusministeriums zur Wiedereinsetzung des Domkapitulars Hohn mit diesem letzteren offenbar sofort eine Art von modus vivendi abgeschlossen und erzielt. Der Wortlaut seines Wiedereinsetzungs-Erlasses mit der Bemerkung von der seitens des Herrn Hohn „aus freien Stücken“ ermöglichten Wiederverwendung des bischöflichen Vertrauens zu seiner Person läßt darüber keinen Zweifel. Zum Ueberflus bezeichnet das „Frankfurter Volksblatt“ die vorgängige Unterwerfung und Genugthuungsleistung des Domkapitulars Hohn zugleich als selbstverständlich wie als ausdrücklich erfolgt. Noch vor wenigen Tagen hatte das gleiche Blatt dem widerspenstigen Domkapitular mit der Exkommunikation gedroht. Innerhalb, und selbst wenn Herr Hohn förmlich Abbitte geleistet haben sollte, der Ausgang des Kampfes bleibt eine schwere Niederlage für den Bischof Hohn, und eine tödtliche Alteration desselben konnte sehr wohl die Folge dieses Ausganges sein. Obgleich ist die nur vierjährige Amtsführung des Bischofs Johann Valentin eine Art von episcopalem Lebenslauf „in absteigender Linie“ gewesen. Anfangs ein durchaus „gemäßigter“ Mann und ein ausgesprochener Gegner der Kaplan-Demokratie und ihrer Prebendalität, sah er sich ihr gegenüber bald zu Kompromissen und endlich zu völliger Unterwerfung genöthigt. Die bekannte Exklusion des Reichstags und ehemalige Landtags-Abgeordnete, Frhr. v. Zu Rhein aus dem würzburger „katholischen Kasino“ wegen eines mit dem Redakteur und Weltbürger Dr. Ritter gebundenen Konflikt (August 1874) lieferte den vollständigen Beweis, in welchen Händen sich die Leitung der „katholischen Partei“ von Diözese und Diözesenhauptstadt befand. Der Bischof war dabei vollständig in den Hintergrund gedrängt. Vielleicht um sich besser geltend zu machen, versuchte auch in dem bekannten Konfessionsstreit schwächer Naturen ging er zuletzt ganz in das extreme Lager über; sein wahrhaft beispielloser Wahlzettel und eben die vielbesprochene Maßregelung des Domkapitulars Hohn lieferten dann den letzten Beweis.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. November.

r. Ueber gewerbliche Angelegenheiten enthält der städtische Verwaltungsbericht folgende Mittheilungen: Im Jahre 1874 wurden 161 und in der Zeit vom 1. Januar bis 1. September 1875 126 Gewerbebetriebe anhängig gemacht. Davon wurden durch das gewerbliche Schiedsgericht durch schiedsrichterlichen Spruch 137, durch Vergleich 97, durch Verzicht des Klägers resp. Begehung der Akten 47, durch Verweisung an das Gericht 6 erledigt; 161 im Jahre 1874, 126 i. J. 1875. Die relative Vollstreckung wurde nachgeprüft: im Jahre 1874 in 21 Fällen und in der Zeit vom 1. Januar bis 1. September d. J. in 14 Fällen. — Die Zahl der Innungen betrug am Schlusse des Jahres 1874 39, zu welchen im laufenden Jahre neue nicht hinzugekommen sind. — An Unterstufungsklassen für unselbstständige Gewerbebetriebe befinden sich 30, und zwar 21 Handwerker-Krankenkassen, 3 Krankenkassen für Fabrikarbeiter, 6 Innungs-Sterbekassen, welche sämmtlich statutenmäßig unter der Kontrolle des Magistrats stehen.

r. Bei der städtischen Sparkasse war am Schlusse d. J. 1874 ein Bestand von 569,263 Thlr.; am Schlusse d. J. 1873 hatte der Bestand 487,392 Thlr. betragen; er war also um 81,871 Thlr. gestiegen. Der Reservefond betrug am Schlusse d. J. 1874: 126,510 Thlr., während er sich am Schlusse d. J. 1873 auf 118,324 Thlr. bezifferte, er hat sich also um 8186 Thlr. vermehrt. Er bestand aus 126,500 Thlr. in 4 pCt. neuen posener Pfandbriefen und einem Sparkassenbuche über 10 Thlr. — An Sparkassenbüchern waren i. J. 1874 im Course 5475; i. J. 1873: 5056, so daß die Zahl der Einleger sich um 419 vergrößert hat. Von den am Schlusse d. J. 1874 im Umlauf befindlichen Sparkassenbüchern hatten 1894 Stück Einlagen bis 20 Thlr.; 1064 Stück Einlagen von 20 bis 50 Thlr.; 1033 Stück Einlagen von 50 bis 100 Thlr.; 894 Stück Einlagen von 100 bis 200 Thlr.; 590 Stück Einlagen von 200 Thlr. und darüber. Von diesen befanden sich Korporationen, Gewerke, Stiftungen, Schulen 597; Kirchenvereine 483; Wittwen 384; Kinder; 908; unverheiratete Frauen (excl. Dienstboten) 544; männliche Dienstboten 148; weibliche Dienstboten 554; Händler 201; Handwerker 552; Militärpersonen 382; Beamte 255; Landleute 196; Arbeiter 259 Stück.

Snawrazlaw, 18. November. [Klaus'sche Salz-Schachtanlage.] Die im Süden unserer Stadt etablirte große artige Steinsalz-Schachtanlage, welche im September vorigen Jahres bei 360' Tiefe (ungefähr 50' über dem Salzager) eine mit einem unterirdischen Wasserbeden der Gypsformation in Verbindung stehende Kluft antrieb, war ein volles Jahr hindurch mit dem Auspumpen dieses Bedens beschäftigt. Drei große Maschinen befanden sich in ununterbrochener Thätigkeit, um den 300' mit Sodawasser erfüllten Schacht leer zu pumpen. Nachdem ein Wasservolumen von 30 Mill. Kubikfuß zu Tage gehoben wurde, ist es endlich gelungen, den Schacht für das weitere Abteufen frei zu machen und die Wasserhaltung einschränken zu können. Es gereicht unserer Stadt zur Freude, das große Unternehmen seinem Ziele nahe rücken zu sehen und wir wünschen demselben ein heiliges „Gut auf.“

J. Snawrazlaw, 19. November. [Zu den Stadtverordneten wahlen. Eisenbahnstation.] Unsere Bürgerstadt ist mit Vorbereitungen der am 24. d. M. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigt. Die Kandidatenfrage ist bereits in mehreren Bürgervereinsversammlungen erörtert worden. Der bevorstehende Akt nimmt umförmlich die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch, als neben der gewöhnlichen Ergänzungswahl eines Dritttheils der Stadtverordneten nach einem statutarischen Beschlusse der beiden Stadtbehörden die Wahl der Stadtverordneten von 18 auf 24 vermehrt werden soll. Es hat demnach jede Wahlabtheilung diesmal vier Stadtverordnete zu wählen. Die Zahl der Wähler beträgt 557 und zwar in der 1. Abth. 54, in der 2. 131, in der 3. 372. — Die Halle des Amtes zwischen Snawrazlaw und Mogilno soll demnächst in eine Eisenbahnstation umgewandelt werden. Von dieser Einrichtung wird in erster Reihe die Amsee erbauter Zuckerfabrik Kujawien profitieren.

k. Schneidemühl, 17. November. [Erhöhung der Lehrergelöhner.] Die hiesigen Ortsverfügte Aufbesserung der Gehälter der Dorfschullehrer auf 750 Mark, auschl. der Wohnung und des Brennmaterials, wird gegenwärtig auch in unserm Kreise mit aller Energie durchgeführt. Zu diesem Behufe wird, da der Betrag des Schulden in diesen 750 Mark mit beigetragen ist, das Schuland sämtlicher Lehrstellen von unparteiischen vereidigten Taxatoren abgeschätzt. Wenn die Vandlehrer nach dieser Aufbesserung auch nicht ge-

Bericht: Ruthmaßlicher Umsatz 12000 B., davon für Speculation und Export 2000 B. Ruhig. Tagesimport 4000 B., davon 1000 B. amerikanische, — B. ägyptische. Ankünfte williger.

Berlin, 19. Novbr. Wind: W. schwach. Barometer 27,10. Thermometer + 5° R. Witterung: Regen.

Weizen loco per 1000 Kilogr. 173-217 Rm. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 196 Rm. h. Nov.-Debr. do., Debr.-Jan. - April-Mai 210-210 h. - Roggen loco per 1000 Kilogr. 153-172 Rm. nach Qual. gef., in d. 165-171 ab Bahn, russ. 154-154 50 ab Bahn, neuer 155-160 ab Bahn h., per diesen Monat 154-154 50 h., Nov.-Debr. do., Debr.-Jan. 154 50-155 h., Frühjahr 157 50 h., Mai-Juni - Gerste loco per 1000 Kilogr. 136-186 Rm. nach Qual. gef., - Hafer loco per 1000 Kilogr. 135-184 Rm. nach Qual. gef., - u. weisse 155-175, v. d. u. med. 170-177, russ. 150-175, böhm. u. sächs. 170-177 ab Bahn h., per diesen Monat 163 h., Nov.-Debr. do., Frühjahr 169 50-169 h., - Erbsen per 1000 Kilo Roggenwaare 186-230 Rm. nach Qual., Futterwaare 175-185 Rm. nach

Breslau, 19. Novbr., Nachmittags

Kreditaktien flau, andere Effekten behauptet.
Freiburger 75 75, do. junge - Oberösterreich 139, 50. R. Oberösterreich 94, 00. do. do. Prioritäten 104, 00. Frankfurter 485, 00. Lombard 179, 50. Silberrente 64, 50. Rumänien 27, 75. Breslauer Diskontobank 58, 75. do. Wechselbank 60, 00. Schles. Bank 82, 75. Kreditaktien 317, 50. Raurahütte 61, 00. Oberösterreich Eisenbahnen - - - - - Österreich Bank 177, 35. Russ. Banknoten 268, 35. Schles. Bergbauaktien 87, 75. Deutsche Bank - - - - - Breslauer Prov.-Wechselb. - - - - - Transvaal 84, 00. Schlesische Centralbank - - - - - Bresl. Delf. - - - - -

Telegraphische Correspondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 19. Novbr. Nachm. 2 Uhr 30 M. Kreditaktien matt, Frankfurter und Lombard behaltet.
[Schlusskurs:] Londoner Wechsel 203, 27. Pariser Wechsel 80, 78. Wiener Wechsel 176, 80. Frankfurter 242, 1/2. Böhm. Wechsel 162, 1/2. Lombard 168. Eisenbahnen 139. Norddeutsche 118. Kreditaktien 157. Russ. Bodenr. 85. Russen 1872 99. Silberrente 64. Papierrente 61. 1860er Rente 107. 1864er Rente - - - - - amerikan. de 1885 99. Deutsch-Oesterreich 72. Berliner Bankverein 74. Frankfurter Bankverein - - - - - do. Wechselbank 70. Bankaktien 796 50. Meiningen Bank 80. Sächsische Effektenbank - - - - - Darmstädter Bank 107. Hess. Ludwigsb. 92. Oberhessen 71. Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 157, Frankfurter 243, Lombard 91, Reichsbank - - - - -

Frankfurt a. M., 19. Novbr. Abends. [Effekten-Notizblatt] Kreditaktien 159, Frankfurter 242, Lombard 89, Galizier 168, Reichsbank 151, 1860er Rente 107, Darmstädter Bank - - - - -

*) per medio resp. per ultimo.

Berlin, 19. November. [Fonds- und Aktien-Börse]. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung; die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet ungefähr mit gestrigen Schlussnotierungen ein und konnten sich durchschnittlich gut behaupten. Eine bedeutungsvolle Ausnahme diesbezüglich ist in den Kreditaktien zu konstatieren, die auf Wiener Meldungen hin nicht unwesentlich matter bei allerdings verhältnismäßig guten Umsätzen umgingen. Im Uebrigen blieb die Haltung ziemlich unverändert und hielt sich namentlich die Spekulation sehr reservirt.

Der Kapitalmarkt bewahrte seine festere Gesammttendenz, namentlich für heimische solide Anlagen; die Kassawerte der übrigen Geschäftszweige waren zumeist behauptet, gaben aber, wie auch erstere, zu lebhafterer Geschäftsbetheiligung keine Veranlassung. Der Geldmarkt hat sich nicht wesentlich verändert; im Privatwechselverkehr betrug der Diskont 4 1/2 pCt. für feinste Briefe.

Fonds- u. Aktienbörsen

Berlin, den 19. November 1875

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	104,40 bz
Preuss. Anl.	98,75 bz
do. do.	98,75 bz
Preuss. Schuld.	90,50 bz
Preuss. St. Anl. 1855	129,50 bz
Preuss. St. Anl. 1860	256,00 bz
Preuss. St. Anl. 1865	100,50 bz
Preuss. St. Anl. 1870	101,90 bz
Preuss. St. Anl. 1875	90,25 bz
Preuss. St. Anl. 1880	100,50 bz
Preuss. St. Anl. 1885	101,50 bz
Preuss. St. Anl. 1890	106,50 bz
Preuss. St. Anl. 1895	85,50 bz
Preuss. St. Anl. 1900	93,50 bz
Preuss. St. Anl. 1905	102,00 bz
Preuss. St. Anl. 1910	84,50 bz
Preuss. St. Anl. 1915	93,25 bz
Preuss. St. Anl. 1920	100,00 bz
Preuss. St. Anl. 1925	83,50 bz
Preuss. St. Anl. 1930	93,00 bz
Preuss. St. Anl. 1935	92,90 bz
Preuss. St. Anl. 1940	84,00 bz
Preuss. St. Anl. 1945	83,25 bz
Preuss. St. Anl. 1950	92,90 bz
Preuss. St. Anl. 1955	94,25 bz
Preuss. St. Anl. 1960	93,75 bz
Preuss. St. Anl. 1965	96,25 bz
Preuss. St. Anl. 1970	95,25 bz
Preuss. St. Anl. 1975	95,00 bz
Preuss. St. Anl. 1980	93,75 bz
Preuss. St. Anl. 1985	99,00 bz
Preuss. St. Anl. 1990	96,40 bz
Preuss. St. Anl. 1995	105,75 bz
Preuss. St. Anl. 2000	101,90 bz

Preuss. St. Anl.

Preuss. St. Anl. 1855	102,25 bz
Preuss. St. Anl. 1860	103,50 bz
Preuss. St. Anl. 1865	100,00 bz
Preuss. St. Anl. 1870	105,00 bz
Preuss. St. Anl. 1875	99,00 bz
Preuss. St. Anl. 1880	98,50 bz
Preuss. St. Anl. 1885	18,90 bz
Preuss. St. Anl. 1890	100,00 bz
Preuss. St. Anl. 1895	175,80 bz
Preuss. St. Anl. 1900	133,75 bz
Preuss. St. Anl. 1905	118,00 bz
Preuss. St. Anl. 1910	141,00 bz
Preuss. St. Anl. 1915	78,75 bz
Preuss. St. Anl. 1920	117,00 bz
Preuss. St. Anl. 1925	172,90 bz
Preuss. St. Anl. 1930	85,25 etw bz
Preuss. St. Anl. 1935	108,55 bz

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	103,00 etw bz
do. do. 1882	91,40 bz
do. do. 1883	93,00 bz
Preuss. St. Anl. 1884	101,00 bz
Preuss. St. Anl. 1885	98,50 bz
Preuss. St. Anl. 1886	40,00 bz

Italienische Anl.	70,20 bz
do. Tabak-Dbl.	98,75 etw bz
do. do. Reg.-Akt.	61,20 bz
do. Silberrente	64,25 bz
do. 250 R. Pr. Dbl.	102,00 bz
do. 100 R. Pr. Dbl.	332,00 bz
do. Rente 1860	109,50 bz
do. Rente 1864	297,50 bz
do. Rente 1868	89,20 bz
do. Rente 1872	84,00 bz
do. Rente 1876	88,30 bz
do. Rente 1880	88,30 bz
do. Rente 1884	88,30 bz
do. Rente 1888	88,30 bz
do. Rente 1892	88,30 bz
do. Rente 1896	88,30 bz
do. Rente 1900	88,30 bz
do. Rente 1904	88,30 bz
do. Rente 1908	88,30 bz
do. Rente 1912	88,30 bz
do. Rente 1916	88,30 bz
do. Rente 1920	88,30 bz
do. Rente 1924	88,30 bz
do. Rente 1928	88,30 bz
do. Rente 1932	88,30 bz
do. Rente 1936	88,30 bz
do. Rente 1940	88,30 bz
do. Rente 1944	88,30 bz
do. Rente 1948	88,30 bz
do. Rente 1952	88,30 bz
do. Rente 1956	88,30 bz
do. Rente 1960	88,30 bz
do. Rente 1964	88,30 bz
do. Rente 1968	88,30 bz
do. Rente 1972	88,30 bz
do. Rente 1976	88,30 bz
do. Rente 1980	88,30 bz
do. Rente 1984	88,30 bz
do. Rente 1988	88,30 bz
do. Rente 1992	88,30 bz
do. Rente 1996	88,30 bz
do. Rente 2000	88,30 bz

Bank- und Kreditaktien und Antkeilscheine.

Bank- und Kreditaktien	103,30 bz
Bank- und Kreditaktien	82,60 bz
Bank- und Kreditaktien	72,50 bz
Bank- und Kreditaktien	87,00 bz
Bank- und Kreditaktien	75,10 bz
Bank- und Kreditaktien	185,00 bz
Bank- und Kreditaktien	79,00 bz
Bank- und Kreditaktien	37,50 bz
Bank- und Kreditaktien	83,75 bz
Bank- und Kreditaktien	58,75 bz
Bank- und Kreditaktien	69,00 bz
Bank- und Kreditaktien	85,70 etw bz
Bank- und Kreditaktien	110,00 bz
Bank- und Kreditaktien	61,00 bz
Bank- und Kreditaktien	15,50 bz
Bank- und Kreditaktien	61,00 bz
Bank- und Kreditaktien	114,50 bz
Bank- und Kreditaktien	108,00 bz
Bank- und Kreditaktien	93,50 bz
Bank- und Kreditaktien	71,00 bz
Bank- und Kreditaktien	120,25 bz
Bank- und Kreditaktien	76,25 bz
Bank- und Kreditaktien	115,75 bz
Bank- und Kreditaktien	88,40 bz
Bank- und Kreditaktien	22,50 bz
Bank- und Kreditaktien	90,00 bz
Bank- und Kreditaktien	98,00 bz
Bank- und Kreditaktien	8,10 bz
Bank- und Kreditaktien	111,50 bz
Bank- und Kreditaktien	103,50 bz
Bank- und Kreditaktien	100,00 bz
Bank- und Kreditaktien	79,30 bz
Bank- und Kreditaktien	45,00 bz
Bank- und Kreditaktien	124,00 bz

Qual. - Kabs per 1000 Kilogr. - Rm. - Kabsen - Rm. - Reindl loco per 100 Kilogr ohne Fas - Rm. - Kabsen per 100 Kilogr. 71 Rm. h., mit Fas - Rm. - per diesen Monat 71,8-72,1 h., Nov.-Debr. do., Debr.-Jan. do., Jan.-Febr. - April-Mai 73,8-73,8 h. - Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilo mit Fas loco - Rm. h., per diesen Monat 24,4 h., Nov.-Debr. do., Debr.-Jan. 24,7 h., Jan.-Febr. 25 h., April-Mai - Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. loco ohne Fas 45,4 Rm. h., per diesen Monat 47,1-46,5 h., Nov.-Debr. do., Debr.-Jan. 47,1-46,5 h., April-Mai 50-49,6 h., Mai-Juni 50,3-49,9 h., Juni-Juli 51,3-50,9 h., Juli-August 52-52,3-52 h. - Weizenmehl Nr. 00 30-28 Rm., Nr. 0 27,50-26,25 Rm., Nr. 0 u. 1 25,75-24,75 Rm. Roggenmehl Nr. 0 23,50-22,25 Rm., Nr. 0 u. 1 21,50-19,50 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sad. - Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sad. per diesen

Wien, 19. November. Vormittags 10 Uhr 5 Minuten. Kreditaktien 188, 25, Franzosen 176, 00, Galizier 194, 50, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 101, 25.

Wien, 19. November. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Kreditaktien 186, 80, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 00, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 102, 00, Napoleons 9, 10. Ziemlich fest.

Wien, 19. November. Nachm. 12 Uhr 10 Min. Kreditaktien 186, 75, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 00, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 101, 75, Napoleons 9 1/2. Matt.

Wien, 19. November. Nachmittags 12 Uhr 35 Min. Kreditaktien 186, 75, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 75, Anglo-Austr. 87, 60, Unionbank 69, 10, Lombard 100, 25, Napoleons 9, 11. Matt.

Wien, 19. November. Spekulationswerte behauptet, Kreditaktien sehr matt, Bahnen, Renten und Staatsloose mehr gefragt.
[Schlusskurs:] Papierrente 69, 30. Silberrente 73, 20. 1854er Rente 105, 40. Bankaktien 912, 00. Norddeutsche 1697. Kreditaktien 186, 70. Franzosen 278, 50. Galizier 195, 50. Norddeutsche 138, 50. Lit. B. 43, 00. London 114, 00. Paris 45, 20. Frankfurt 55, 60. Böhm. Wechselbank - - - - - Kreditloose 162, 00. 1860er Rente 110, 70. Lomb. Eisenbahn 102, 25. 1864er Rente 134, 50. Unionbank 69, 00. Anglo-Austr. 87, 60. Austro-türkische - - - - - Napoleons 9 1/2. Diskont 5, 38. Silberloose 105, 00. Elisabethbahn 160, 50. Ungarische Staatsanleihe 75, 50. Preussische Banknoten 1, 69. Türkische Rente 30, 75.

Nachbörse: Matt Kreditaktien 190, 00, Franzosen 278, 50, Lombard 100, 20, Galizier 195, 75, Anglo-Austr. 87, 80, Unionbank 69, 20, Napoleons 9, 11 1/2.

London, 19. November. Nachmittags 4 Uhr. Konsols 94 1/2. Italien. Spro. Rente 71 1/2. Lombard 9 1/2.

Von den internationalen Spekulationspapieren sind Franzosen und Lombarden als wenig verändert und mäßig lebhaft zu nennen.

Die fremden Fonds und Renten verkehrten in wenig fester Haltung; Türlen und Italiener wurden etwas schwächer; Russische Fonds behauptet.

Deutsche und Preussische Staatsfonds, sowie landwirtschaftliche Pfand- und Rentenbriefe hatten zu fast unveränderten Kursen mäßige Umsätze für sich.

Prioritäten behauptet und sehr ruhig; preussische theilweise etwas besser.

Eisenbahnaktien, Bankaktien und Industriepapiere blieben mit Ausnahme der spekulativen Devisen sehr ruhig und durchschnittlich behauptet; die letzteren waren fest und mäßig lebhaft.

Wien, 19. November. Vormittags 10 Uhr 5 Minuten. Kreditaktien 188, 25, Franzosen 176, 00, Galizier 194, 50, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 101, 25.

Wien, 19. November. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Kreditaktien 186, 80, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 00, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 102, 00, Napoleons 9, 10. Ziemlich fest.

Wien, 19. November. Nachm. 12 Uhr 10 Min. Kreditaktien 186, 75, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 00, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 101, 75, Napoleons 9 1/2. Matt.

Wien, 19. November. Nachmittags 12 Uhr 35 Min. Kreditaktien 186, 75, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 75, Anglo-Austr. 87, 60, Unionbank 69, 10, Lombard 100, 25, Napoleons 9, 11. Matt.

Wien, 19. November. Spekulationswerte behauptet, Kreditaktien sehr matt, Bahnen, Renten und Staatsloose mehr gefragt.
[Schlusskurs:] Papierrente 69, 30. Silberrente 73, 20. 1854er Rente 105, 40. Bankaktien 912, 00. Norddeutsche 1697. Kreditaktien 186, 70. Franzosen 278, 50. Galizier 195, 50. Norddeutsche 138, 50. Lit. B. 43, 00. London 114, 00. Paris 45, 20. Frankfurt 55, 60. Böhm. Wechselbank - - - - - Kreditloose 162, 00. 1860er Rente 110, 70. Lomb. Eisenbahn 102, 25. 1864er Rente 134, 50. Unionbank 69, 00. Anglo-Austr. 87, 60. Austro-türkische - - - - - Napoleons 9 1/2. Diskont 5, 38. Silberloose 105, 00. Elisabethbahn 160, 50. Ungarische Staatsanleihe 75, 50. Preussische Banknoten 1, 69. Türkische Rente 30, 75.

Nachbörse: Matt Kreditaktien 190, 00, Franzosen 278, 50, Lombard 100, 20, Galizier 195, 75, Anglo-Austr. 87, 80, Unionbank 69, 20, Napoleons 9, 11 1/2.

London, 19. November. Nachmittags 4 Uhr. Konsols 94 1/2. Italien. Spro. Rente 71 1/2. Lombard 9 1/2.

Von den internationalen Spekulationspapieren sind Franzosen und Lombarden als wenig verändert und mäßig lebhaft zu nennen.

Die fremden Fonds und Renten verkehrten in wenig fester Haltung; Türlen und Italiener wurden etwas schwächer; Russische Fonds behauptet.

Deutsche und Preussische Staatsfonds, sowie landwirtschaftliche Pfand- und Rentenbriefe hatten zu fast unveränderten Kursen mäßige Umsätze für sich.

Prioritäten behauptet und sehr ruhig; preussische theilweise etwas besser.

Eisenbahnaktien, Bankaktien und Industriepapiere blieben mit Ausnahme der spekulativen Devisen sehr ruhig und durchschnittlich behauptet; die letzteren waren fest und mäßig lebhaft.

Wien, 19. November. Vormittags 10 Uhr 5 Minuten. Kreditaktien 188, 25, Franzosen 176, 00, Galizier 194, 50, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 101, 25.

Wien, 19. November. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Kreditaktien 186, 80, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 00, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 102, 00, Napoleons 9, 10. Ziemlich fest.

Wien, 19. November. Nachm. 12 Uhr 10 Min. Kreditaktien 186, 75, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 00, Anglo-Austr. 87, 50, Unionbank - - - - - Lombard 101, 75, Napoleons 9 1/2. Matt.

Wien, 19. November. Nachmittags 12 Uhr 35 Min. Kreditaktien 186, 75, Franzosen 278, 00, Galizier 195, 75, Anglo-Austr. 87, 60, Unionbank 69, 10, Lombard 100, 25, Napoleons 9, 11. Matt.

Wien, 19. November. Spekulationswerte behauptet, Kreditaktien sehr matt, Bahnen, Renten und Staatsloose mehr gefragt.
[Schlusskurs:] Papierrente 69, 30. Silberrente 73, 20. 1854er Rente 105, 40. Bankaktien 912, 00. Norddeutsche 1697. Kreditaktien 186, 70. Franzosen 278, 50. Galizier 195, 50. Norddeutsche 138, 50. Lit. B. 43, 00. London 114, 00. Paris 45, 20. Frankfurt 55, 60. Böhm. Wechselbank - - - - - Kreditloose 162, 00. 1860er Rente 110, 70. Lomb. Eisenbahn 102, 25. 1864er Rente 134, 50. Unionbank 69, 00. Anglo-Austr. 87, 60. Austro-türkische - - - - - Napoleons 9 1/2. Diskont 5, 38. Silberloose 105, 00. Elisabethbahn 160, 50. Ungarische Staatsanleihe 75, 50. Preussische Banknoten 1, 69. Türkische Rente 30, 75.

Nachbörse: Matt Kreditaktien 190, 00, Franzosen 278, 50, Lombard 100, 20, Galizier 195, 75, Anglo-Austr. 87, 80, Unionbank 69, 20, Napoleons 9, 11 1/2.

London, 19. November. Nachmittags 4 Uhr. Konsols 94 1/2. Italien. Spro. Rente 71 1/2. Lombard 9 1/2.

Von den internationalen Spekulationspapieren sind Franzosen und Lombarden als wenig verändert und mäßig lebhaft zu nennen.

Die fremden Fonds und Renten verkehrten in wenig fester Haltung; Türlen und Italiener wurden etwas schwächer; Russische Fonds behauptet.

Monat 20,80 Rm. h., Novbr.-Dez. do. Debr.-Jan. 20,90 h., Jan.-Febr. 21,15 h., Febr.-März 21,30 h., April-Mai 21,55 h., B. u. S. B.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
19. Novbr.	Nachm. 2	27° 8' 25"	+ 3° 1'	SW 1	bedeckt, Ni.
19. "	Abnds. 10	27° 4' 96"	+ 3° 5'	SW 2	bedeckt, (Schw. Nf.)
20. "	Morgs. 6	27° 2' 69"	+ 3° 9'	SW 2	bedeckt, Regen.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Novbr. 1875 12 Uhr Mittags 1,68 Meter 19 170

3pro. Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2. 3pro. Lombarden-Prioritäten neue 9 1/2. Russen de 1871 98 1/2. 5pro. Russ. de 1872 98 1/2. Silber 56 1/2. Türl. Anleihe de 1865 23 1/2. 6pro. Türlen de 1866 26 1/2. 6pro. Vereingl. St. pr. 1865 103 1/2. do. 5pro. fundirt 103 1/2. Deherr. Silberrente - - - - - Deperr. Papierrente - - - - - 6pro. ungar. Staatsbonds 93 1/2. 6prozent. ungarische Staatsbonds II. Emission - - - - - Spanien - - - - -

Aus der Bank flossen heute 242,000 Pfd. Sterl.
Blagobizent - pCt.

Paris, 19. November. Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. Spro. Rente 65, 85, Anleihe de 1872 103, 70, Italiener 71, 70. Franzosen 615, 00, Lombarden 222, 50, Türlen 23, 70, Spanien 17, 93. Fest.

Paris, 19. Novbr., Nachm. 3 Uhr. Fest und belebt.
[Schlusskurs:] Spro. Rente 65, 95. Anleihe de 1872 103, 80. Ende Okt. - Ital. Spro. Rente 71, 95. Ital. Tabakaktien - - - - - Ital. Tabakfabrik - - - - - Franzosen 617, 50. Lombard. Eisenbah-aktien 236, 25. Lombard. Prioritäten 233, 00. Türlen de 1865 23, 65. Türlen de 1869 140, 00. Thierloose - - - - -

Kredit mobiler 185, Spanien ext. 18 1/2, do. inter.

New-York, 18. November. Abends 6 Uhr [Schlusskurs:] 56 1/2. Notierung des Goldagio 14 1/2, niedrigste 14 1/2. Wechsel am 18. in Gold a D. 84 1/2. C. Goldagio 14 1/2. do. Bonds de 1885 116 1/2. do. neue Spro. fundirt 116 1/2. do. Bonds de 1887 122 1/2. Erie-Wagon 15. Central-Pacific 105. New-York Centralbahn 115 1/2. Baumwolle in New-York 13 1/2. Baumwolle in New-Orleans 12 1/2. Weiz. 5 D. 75 C. Raffin. Petroleum in New-York 12 1/2. do. Philadelphia 12 1/2. Rother. Frühjahrsmehl 1 D. 33 C. Mais (old mixed) 74 C. Ruder-Rais. raffine (Robinsons) 7 1/2. Raffee (Rins) 18 1/2. Weizenbrot 9 1/2.

Ultimo-Course. Berg-Märk. 75, 75a75 50b. Ebin-Windener 87, 75a88, 75a50b. Dortmunder 114, 50a25a16a15, 75b. Disconto